



Zwischen politischer Notwendigkeit und Sozialarbeit

Hintergrund ➔ Grundlage, evaluierende Bilanz und Ausblick
zur politischen Bildungsarbeit des apabiz

Mit über 100 Veranstaltungen im Jahr hat sich die Bildungsarbeit zu einem festen und wichtigen Standbein der Arbeit des apabiz entwickelt. Unser ReferentInnenkatalog umfasst mittlerweile mehr als 65 Angebote und unser Aktionsradius umfasst den gesamten deutschsprachigen Raum. Gleichzeitig hängt die Bildungsarbeit in einem hohen Maß von äußeren Rahmenbedingungen wie Fördermitteln, gesellschaftlichen Stimmungen und staatlichen Zielsetzungen ab, die sich in den vergangenen Jahren mitunter erheblich gewandelt haben und sich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl weiter verändern werden. Vor diesem Hintergrund wollen wir im Folgenden eine evaluierende Bilanz ziehen und einen Ausblick in die Zukunft wagen.



Im Mittelpunkt der Bildungsarbeit des apabiz steht nicht die Faktenvermittlung, sondern eine Palette an Angeboten aus Seminaren, Workshops und Veranstaltungen, die politisch konzipiert sind und entsprechende Ziele verfolgen. Es geht uns darum, politische Perspektiven und Analysen zu vermitteln, Eigeninitiative anzuregen und zu fördern, Diskussionen auszulösen und zum Nachdenken anzuregen, nicht um Infotainment. Dem entsprechend ziehen sich vor allem die folgenden vier Grundgedanken als roter Faden durch unser Angebot.

► Die Vermittlung der Tatsache, dass Neonazis kein Randgruppenphänomen sind, sondern lediglich eine Radikalisierung von gesellschaftlichen Strömungen darstellen.

Hierauf fußt die Analyse, dass antifaschistische Intervention oft eine Art (notwendiger)

»Feuerwehrpolitik« darstellt und nur eine aktuelle, konkrete Gefahr abwehrt. Diese These ist von immenser Bedeutung, da wir beide Ansätze – die Bekämpfung dieser gesellschaftlichen Phänomene und die Bekämpfung der Neonaziszene als deren extreme Auswüchse – zu verknüpfen versuchen und entsprechende Interventionsmöglichkeiten aufzeigen.

► Die Vermittlung einer eigenen Empirie zur anschaulichen und realistischen Untermauerung unserer Thesen.

Dieser Ansatz entspringt unserer Archivarbeit, die uns die entsprechenden Belege und Quellen liefert, und spielt gerade bei der Arbeit mit Erwachsenen eine wichtige Rolle. Diese verfügen oft über eine Wahrnehmung, in welcher Neonazis nicht als konkrete Gefahr auftauchen, sondern eine Randerscheinung darstellen, der man aus dem Weg gehen kann. So kennen sich Lehrer und Eltern oft nicht in den Lebensrealitäten von Jugendlichen aus und sind daher nicht mit deren Ängsten und Problemen vertraut.

► Eine allgemeine Förderung humanistischer Werte und zivilgesellschaftlicher Strukturen und Ansätze.

Ein solcher politischer Ansatz ist vor allem bei der Arbeit mit Jugendlichen unerlässlich, da sich in vielen Regionen Deutschlands die

antifaschistisches pressearchiv und
bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und
nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich,
aber fördermitglieder bekommen ihn
zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Mailingliste des apabiz am Start

Berlin • Seit einigen Wochen informiert das *apabiz* zusätzlich über die Mailingliste »Kompetente Netzwerke« über Aktivitäten gegen Rechts. Die Liste berichtet über Aktivitäten Berliner Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren.

Mitglieder sind zum einen alle Projekte, die durch das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gefördert werden. Zum anderen alle Kooperationspartner und Fördermitglieder des *apabiz* - sofern sie das wollen.

Wir wollen über die Liste regelmäßiger als bisher auf unsere Veranstaltungen und Publikationen hinweisen.

Andere Mitglieder der Liste sind selbstverständlich herzlich eingeladen, dies auch zu tun. Es werden allerdings ausschließlich Einladungen, Veröffentlichungshinweise, Arbeitspapiere u.ä. zugelassen. Eine inhaltliche Diskussion soll hier nicht stattfinden. Anmelden könnt ihr euch über den Link auf unserer Homepage oder direkt unter <http://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/kompetente-netzwerke>. ◀

Keine Rechtssicherheit für Thor Steinar

Berlin • Während in Brandenburg alle laufenden Ermittlungsverfahren gegen Träger der Modemarke THOR STEINAR nach einem Urteil des Oberlandesgerichtes Brandenburg eingestellt wurden, hält die Berliner Polizei an ihrer Beschlagnahmepraxis fest. Das Oberlandesgericht hatte entschieden, dass das alte Logo THOR STEINARS für den unbedarften Bürger nicht mit Kennzeichen von verbotenen Organisationen zu verwechseln sei, sondern nur Neonazis, Antifaschisten und Polizeibeamten auffallen würde. Solange für den »Normalbürger« keine Gefahr der Verwechslung bestünde, könne das Logo auch juristisch nicht belangt werden.

Während man das Logo somit in Brandenburg straffrei nutzen kann, wird in Berlin weiter ermittelt. Ungeachtet dessen eröffnete THOR STEINAR einen Laden in bester Lage im Shopping Center Berlin Carre am Alexanderplatz. Da der Laden nach der Norwegischen Stadt Tönberg benannt ist, steht THOR STEINAR ▶

Wertemaßstäbe nachhaltig verschoben haben. An diesen Orten ist das Eintreten für humanistische Werte keine Selbstverständlichkeit und steht in direkter Opposition zur existierenden Neonazi-Hegemonie. So kann das bloße Ablehnen von rechten und menschenverachtenden Sprüchen in einem Jugendclub seitens der Betreiber direkt die Jugendlichen stärken, die sich bisher nicht getraut haben, aktiv den Neonazis und deren Argumentationen entgegenzutreten.

► Die Rolle der Politik und staatlicher Stellen kritisch zu hinterfragen.

Vielen erscheint es widersprüchlich, dass der Staat auf der einen Seite Millionenprogramme gegen Rechts auflegt und auf der anderen Seite durch Sondergesetze und Abschiebungen rassistische Ressentiments fördern soll. Oft begegnet uns der Standpunkt, dass die Polizei sich schon um Neonazis kümmern würde und kein ziviles Engagement nötig sei. Angesichts dessen ist es wichtig, die entsprechenden gesellschaftlichen Widersprüche aufzuzeigen, um die Notwendigkeit von eigenen Interventionen und eigenem Engagement deutlich zu machen.

Ausgangspunkte

Diese Grundgedanken bilden das politische Fundament unserer Bildungsarbeit. Gleichwohl unterscheiden sie sich nicht grundlegend von einem zumindest ideellen Verständnis öffentlicher Bildungsarbeit im antifaschistischen, antirassistischen Bereich. Vielmehr erfüllen wir mit unserer Bildungsarbeit öffentliche Aufgaben, deren Durchführung an sich auch durch die öffentliche Hand gewährleistet werden müsste. Gerade die im vierten Punkt beschriebene Doppelrolle führt indes dazu, dass staatlich geförderte Bildungsarbeit hingegen diese Ziele in der Praxis nicht oder nur unzureichend verfolgt, sei es direkt durch die Exekutive oder

aber auch an Schulen und ähnlichen Einrichtungen. Vor diesem Hintergrund und angesichts der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist es aus unserer Sicht daher heute nach wie vor zentral, politische Bildungsarbeit in unserem thematischen Bereich zu leisten. Diese muss indes bemüht sein, politisch bestimmt und ausgerichtet zu sein, anstatt der Verführung zu erliegen, bloße Rechercheergebnisse zu vermitteln.

Finanzierung von Bildungsarbeit

Ohne Honorare gäbe es unsere Bildungsarbeit nicht: Die Bildungsarbeit des *apabiz* auf dem gegenwärtigen Niveau ist sowohl personell als auch strukturell direkt von Finanzmitteln abhängig, die mittel- oder unmittelbar durch Dritte bereitgestellt werden. So können einige unserer ReferentInnen nur im derzeitigen Umfang Veranstaltungen durchführen, da sie über andere Mittel ihren Lebensunterhalt abgesichert haben und nicht neben Durchführung und Konzeption der Bildungsveranstaltungen noch ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit verdienen müssen.

Doch die ReferentInnen, die keine externe Absicherung haben und somit direkt von Honoraren der Veranstalter abhängig sind, hängen zumindest mittelbar am staatlichen Finantzropf: Eine Vielzahl von Bildungsmaßnahmen kann nämlich nur deshalb realisiert werden, da die Veranstalter auf staatliche Gelder bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen zurückgreifen können. Unsere Bildungsarbeit befindet sich also, im Gegensatz zu unserer Archivarbeit, in einer direkten Abhängigkeit von öffentlichen Haushalten und Förderprogrammen. Dies ist einerseits selbstverständlich und sollte auch weiterhin eingefordert werden: Wenn öffentliche Stellen ihren eigenen Aufgaben nicht nachkommen, so müssen sie mindestens Dritten die notwendigen Finanzmittel zur Durchführung dieser Aufgaben bereitstellen. Andererseits ist dies in der Praxis nicht gerade selbstverständlich, weshalb die beschriebene Abhängigkeit erhebliche strukturelle Probleme mit sich bringen kann.

Erfolgskontrolle

Für die Bewertung von politischer Arbeit im Allgemeinen und Bildungsarbeit im Besonderen spielt die Evaluierung eine große Rolle. Daher überprüfen wir zum Beispiel regelmäßig, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, derart viele Ressourcen in die Bildungsarbeit zu investieren. Eine eindeutige Antwort darauf fällt jedoch in der Regel schwer, insbesondere ist es für uns kaum möglich, den tatsächlichen Erfolg von Bildungsarbeit zu bemessen.

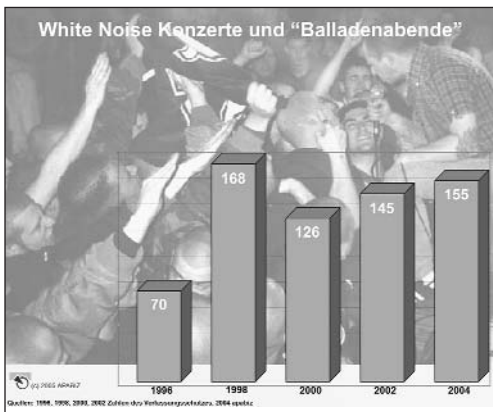
Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des *apabiz e.v.* kommen möchten, gibt es jetzt unser **Info-Paket** in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des **monitor** pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des *apabiz e.v.* (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!



Materialien aus der Bildungsarbeit des apabiz.
Oben: Statistik-Folie zum Thema rechte Konzerte.
Rechts: Folie zum Thema Tötungsdelikte mit extrem rechtem Hintergrund.

dort neben viel Widerspruch auch auf Zustimmung bei Menschen gestoßen, die sich durch unsere Veranstaltungen unterstützt gefühlt haben. Auch gibt es viele Regionen, in die wir kontinuierlich immer wieder eingeladen werden und die Veranstalter uns von einem – wenn auch langsamen – Klimawechsel bei den örtlichen Entscheidungsträgern berichten. Dieses war vor allem in Schulen der Fall.

Ausblicke

Für die Zukunft haben wir uns vorgenommen, den Fokus unserer Arbeit etwas enger zu fassen und unseren Schwerpunkt noch stärker auf die außerschulische Bildungsarbeit zu legen. Hier ist indes das Problem der nicht vorhandenen Mittel besonders groß, da für diese Form der Bildung auf staatliche Einrichtungen verwiesen wird – natürlich mit den angesprochenen inhaltlichen Mängeln. Entsprechend wollen wir – vor allem in Bezug auf die zu erwartenden Veränderungen in der Förderungspraxis des Bundes – verstärkt auf zivilgesellschaftliche Kooperationspartner wie Gewerkschaften und Stiftungen zugehen. Nur wenn hier langfristige Partnerschaften und auf diesem Weg Perspektiven entstehen, wird eine Weiterführung unserer Bildungsarbeit auf dem jetzigen Niveau überhaupt möglich sein.

In diesem Sinne müssen wir die Notwendigkeit antifaschistischer Bildungsarbeit in der Öffentlichkeit noch stärker vermitteln, um so den Druck auf staatliche Stellen für eine effektive Förderung zu erhöhen. Bildung bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und lässt sich nicht nur an Verwertungsinteressen sondern muss auch am Nutzen für soziale Zusammenhänge in einer Gesellschaft bemessen werden.

Falco Schuhmann

nun allerdings erneut juristischer Ärger ins Haus, da die Norwegische Botschaft Klage eingereicht hat. ◀

Nazikonzert in Tschechien Krtetice (Tschechische Republik)

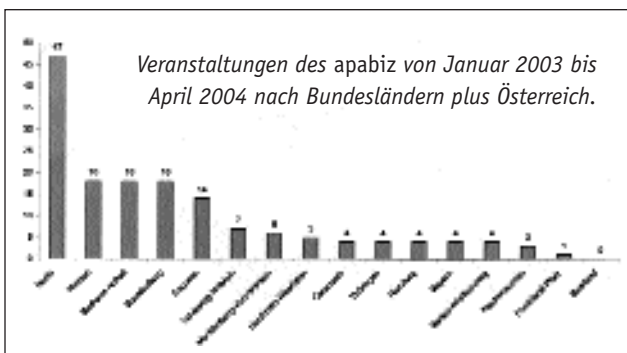
• Am 17. September haben etwa 400 Neonazis aus Tschechien, der Slowakei, Österreich und vereinzelt auch aus Deutschland am »Ian-Stuart-Memorial-Konzert« teilgenommen, mit dem an den 1993 tödlich verunglückten Sänger der Band Skrewdriver erinnert werden soll. Organisiert wurde das Konzert bei Ceske Budejovice von BLOOD & HONOUR (B&H) CZECH REPUBLIC in Zusammenarbeit mit NARODNI ODPOR PRAHA (NATIONALER WIDERSTAND PRAG). Als Bands traten TITKOLT ELLENALAS (Ungarn), RAZORS EDGE (England), OIDOXIE (Dortmund) und



CONFLICT 88 (Tschechien) auf. Im Internet kursierende Fotos zeigen einen Gitarristen im T-Shirt der verbotenen B&H-Division Deutschland und Konzertteilnehmer beim Zeigen des Hitlergrußes. Insbesondere der Sänger von OIDOXIE, MARCO GOTTSCHALK, heizte Berichten zufolge die Stimmung in der Menge immer wieder durch das Zeigen des Hitlergrußes an. Nachdem dieses auch für die anwesende Polizei nicht zu übersehende Ausmaße und Lautstärke angenommen hatte, löste diese das Konzert auf. Ähnliche Konzerte zu Ehren IAN STUARTS fanden auch in der Schweiz, der Ukraine, Slowenien, England und Deutschland statt. ◀

Kerstin Lorenz verstorben

Dresden • Am 7. September ist die NPD-Direktkandidatin für die Bundestagswahl, KERSTIN LORENZ, infolge eines Hirnschlages verstorben, den sie auf einer Wahlkampfveranst-





staltung ihrer Partei in Dresden erlitten hatte. Aufgrund dessen wurde die Bundestagswahl im Wahlkreis Dresden I um zwei Wochen verschoben; die NPD stellte statt LORENZ den ehemaligen Bundesvorsitzenden der REPUBLIKANER, FRANZ SCHÖNHUBER, auf. LORENZ war vor ihrer Tätigkeit als Mitarbeiterin der sächsischen NPD-Landtagsfraktion bis 2004 Mitglied und Landesvorsitzende der REPUBLIKANER. Nachdem die REP ihre Teilnahme an der Landtagswahl abgesagt hatten, trat sie aus ihrer Partei aus und medienwirksam in die NPD ein. ◀

Turn It Down rockt weiter gegen Nazis

Bundesweit • Mit lautstarken Veranstaltungen hat die *Turn It Down*-Kampagne im vergangenen halben Jahr ihre Aktivitäten gegen rechte Tendenzen in der Musik fortgesetzt. So fanden sieben Konzerte in Berlin und Freiburg statt, für die *Turn It Down* eine Reihe bekannter Szene-



bands aus dem In- und Ausland gewinnen konnte. Neben dem musikalischen Programm konnten sich die zahlreichen BesucherInnen über aktuelle Entwicklungen in der Rechtsrockszene informieren. Die Homepage von *Turn It Down* (www.turnitdown.de) hat sich daneben kontinuierlich zu einer rege genutzten Plattform für die Vernetzung der antifaschistischen Musikszene entwickelt. ◀

Gothia ganz rechts

Berlin • Die Burschenschaft GOTHIA ist erneut mit ihren Kontakten nach ganz rechts außen aufgefallen: Aus Anlass der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei lud sie am 1. Oktober 2005 zu einem »Berliner Seminar«. Unter dem Titel »Europa und die Türkei« sollten die Folgen einer Mitgliedschaft beleuchtet werden. Für die Vorträge wurde ein breites Spektrum an Referenten bemüht. Neben dem ehemaligen Bundes- ▶

Was nicht sein kann, das nicht sein darf

Profil ➔ »Unbemerkt« von Polizei und Verfassungsschutz besteht über Jahre der Rechtsrockclub ASGARD in Berlin

Im Vorbeifahren fällt sie kaum auf: Die kleine Seitenstraße, die gleich hinter einer Tankstelle von der zweisepurigen Hauptstrasse abzweigt. Folgt man dieser Strasse, gelangt man zuerst zu einem großen Paketverteilzentrum der Post. Lässt man die Post rechts liegen, endet der Weg nach ein paar Metern an einem kleinen Wachhaus mit einer Schranke. Hinter dieser Schranke befindet sich auf dem Gelände einer Schrauberwerkstatt Berlins einziger Rechtsrockclub.

Der CLUB ASGARD existiert seit dem Jahr 2002 und hat sich auf Black Metal spezialisiert. Sein in der Szene hoher Bekanntheitsgrad rührt allerdings nicht nur von den extrem rechten Black Metal-Bands her, die dort auftreten, sondern auch von diversen eher unpolitischen Bands der Black Metal-Szene. Diese geben sich hier ebenso ein Stelldichein, wobei das Publikum des maximal 100 Personen fassenden Clubs seine politische Heimat regelmäßig nicht zu verheimlichen bemüht zu sein scheint: Dem *apabiz* liegt eine Stellungnahme einer solchen Band vor, in welcher diese sich empört über das nur aus »Nazis und Glatzen« bestehende Publikum äußert.

Regelmäßig rechte Konzerte

Obwohl in den vergangenen zwei Jahren mindestens fünf Konzerte von eindeutig extrem rechten Bands stattfanden, wurde der Club von Medien und Polizei nicht wahrgenommen bzw. jedenfalls nicht in der Öffentlichkeit zum Thema



Ein wenig abgelegen und trostlos. Berlins einziger Rechtsrockclub: Der mittlerweile jedenfalls vorübergehend geschlossene CLUB ASGARD im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

gemacht. Es ist nicht einmal sicher, ob die Behörden überhaupt Kenntnis von diesem Stück rechter Infrastruktur hatten. In den Verfas-

An dieser Stelle berichten wir in jeder Ausgabe über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Der Bestand der Videothek im *apabiz*

Filme, Dokus & Primärquellen

Unser Bestand an Videos umfasst derzeit über 1.200 Titel, von denen bereits 750 in unserem Katalog für diese Medien erfasst sind. Darunter befinden sich Fernsehbeiträge aus politischen Magazinen, Dokumentarfilme und Spielfilme. Der Hauptteil stammt aus der Zeit seit Beginn der 1990er Jahre; viele Spielfilme sind allerdings älter. Fernsehberichte über die Brandanschläge von Mölln, Solingen und Hoyerswerda oder das Pogrom von Rostock füllen etliche Videokassetten; ebenso gehören bekannte Fernsehdokumentationen über den Terror der Nationalsozialisten zum Repertoire.

Hinzu kommen Amateuraufnahmen von Nazi-Aufmärschen, die einen unverstellten Blick liefern können und daher auch in der Bildungsarbeit zum Einsatz kommen. Schließlich verfügen wir auch über Videos oder Fernsehspots, die von der Naziszene produziert wurden.

Große Teile unseres Videobestandes wurden uns durch Fördermitglieder und durch die FreundInnen von *autofocus* überlassen, bevor sie von uns für die Nutzung durch Dritte aufbereitet wurden. Weitere – ausgesuchte – Bestände sind gerne willkommen. ◀



Polizei dringt unrechtmäßig im apabiz ein

Am Samstag, den 27. August sind Polizeibeamte im Rahmen einer Berlinweiten Razzia gegen antifaschistische Strukturen gegen 23 Uhr auch in die Räume des *apabiz e.V.* in der Lausitzerstr. 10 eingedrungen. Vorwand war ein Durchsuchungsbeschluss für verschiedene Räumlichkeiten in Berlin; die *Antifaschistische Linke Berlin (ALB)* hätte auf ihrer Internetseite zu Straftaten aufgerufen.

Die Durchsuchung war illegal

Festzuhalten ist, dass das *apabiz* in keiner Verbindung zur Internetseite der *ALB* steht und zu keiner Zeit ein Durchsuchungsbeschluss für die Räume des *apabiz* vorlag. Wir bewerten daher das Eindringen in unsere Büroräume als illegal und sind juristisch dagegen vorgegangen. Die Einsatzleitung hielt trotz der Hinweise eines anwesenden Mitarbeiters des *apabiz* an ihren falschen und willkürlichen Begründungen fest. Auch wenn die Durchsuchung im *apabiz* später abgebrochen wurde, stellt der Einsatz einen erheblichen Eingriff in unsere Rechte dar. Es wurden Fotos von unseren Räumen gefertigt und Papiere in Augenschein genommen. Außerdem wurde uns das Herbeiziehen eines Anwaltes und die Aushändigung eines Durchsuchungsbeschlusses verweigert.

Der gesamte Einsatz war unangemessen

Doch nicht nur das Eindringen in unsere Räume hinterlässt offene Fragen. Der gesamte Einsatz

war unangemessen und steht in keinem Verhältnis zu den vorgeworfenen Straftaten. Der Polizeieinsatz hinterlässt den Eindruck, dass hier mit jedem Mittel die Kriminalisierung des gesamten antifaschistischen Spektrums erreicht werden soll. Wir solidarisieren uns daher ausdrücklich mit allen Betroffenen. Auch haben wir selbst nach der Polizeiaktion von vielen Seiten deutliche Zeichen der Solidarität erhalten, für die wir uns hier ausdrücklich bedanken wollen.

Der Einsatz, der unser Projekt betroffen hat, war kein Einzelfall, sondern der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Kette von fragwürdigen Einsätzen der Berliner Polizei. So wurden im Juli diesen Jahres mehrere Wohnungen von AntifaschistInnen in ganz Berlin von Sondereinsatzkommandos gestürmt. Auch hier wurden Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen und massiv die Grundrechte der Betroffenen verletzt. Bei der Stürmung der Diskothek Jeton durch SEK-Beamte, um gegen angeblich gewalttätige Hooligans vorzugehen, wurden darüber hinaus Lügen zur Rechtfertigung des Einsatzes verbreitet.

Antifaschismus, wie wir ihn verstehen, bedeutet auch den unbedingten Einsatz für die Wahrung der Menschenrechte. Illegale und unangemessene Polizeieinsätze sowie eine selbstherrliche Einsatzführung, die sich um die Rechte der Betroffenen nicht schert, müssen ein Ende haben.

apabiz

sungsschutzberichten für 2003 und 2004 jedenfalls wird vollmundig behauptet, dass aufgrund der guten Arbeit der Polizei überhaupt gar keine rechten Konzerte in Berlin stattgefunden hätten.

Etwas Dynamik gekommen in die Sache ist erst, als die neonazistische Black Metal-Band ABSURD im CLUB ASGARD aufspielen sollte. Bei ABSURD handelt es sich nämlich um die bekannteste deutsche Band aus diesem Spektrum, die es auch jenseits ihrer Musik und Einstellungen zu trauriger Berühmtheit gebracht hat: Die Band ist ein Projekt des sogenannten Satansmörders von Sonderhausen, HENDRIK MÖBUS. Doch zu dem Konzertabend sollte es nicht kommen: In einer Pressemitteilung veröffentlichte das *Antifaschistische Infoblatt* Ort, Termin und vorgesehenes Programm des geplanten Gigs. Einen Tag später sagten ABSURD ihre Beteiligung an dem Konzert ab. Der Konzertabend sollte mit veränderter Besetzung dennoch stattfinden. Neben den rechten Besuchern, die wie erwartet erschienen, fand sich jedoch auch eine Einsatzhundertschaft der Berliner Polizei am Veranstaltungsort ein und führte eine Razzia durch.

Nach der Razzia stellte sich heraus, dass der Club gar keine Konzession besaß und das Grundstück unter einem Vorwand vom städtischen Liegenschaftsfond gepachtet war. Mittlerweile beschäftigt sich auch der Bezirk Marzahn-Hellersdorf, auf dessen Gebiet der Club liegt, mit dem rechten Treiben und befasste sich in einer Anfrage mit dem Thema.

Ausblick

Auch wenn der Club nach eigenen Aussagen zunächst schließen muss, bleibt im Rückblick ein fader Nachgeschmack. So ist es nicht nachzuvollziehen, wieso Berliner Polizei und Verfassungsschutz nichts von einem Neonaziclub wissen wollen, der in der Szene beworben wird und eine professionell gestaltete Homepage im Internet unterhält und AntifaschistInnen seit Jahren bekannt ist. Sollten sie doch von dem Club und den hier auftretenden Bands gewusst haben, wurde bei der Erstellung der Berliner Verfassungsschutzberichte der vergangenen Jahre bewusst die Unwahrheit geschrieben.

Falco Schumann

minister EGON BAHR von der SPD sowie RAINER GLAGOW (Berliner Repräsentant der HANNS-SEIDEL-STIFTUNG) und HEINZ ODERMANN (FU Berlin) waren geladen: RAINER MENNEL (Professor an der FU Berlin), der als »Türkei-Spezialist« in Berlin auch schon für die DEUTSCHE PARTEI und das CHRISTLICH-KONSERVATIVE DEUTSCHLAND-FORUM (CKDF) referierte; IVAN DENES (Verantwortlicher Redakteur der KONSERVATIVEN DEUTSCHEN ZEITUNG) sowie BERND RABEHL, der dieses Jahr vor allem mit seiner Wahlkampfhilfe für die NPD aufgefallen war. Im Vorfeld der Veranstaltung rügten prominente Sozialdemokraten in einem offenen Brief die erneute Tätigkeit Bahrs im rechtsextremen Umfeld. ◀

Nazi-Läden geben auf

Berlin • Anfang September wurden die Nazi-Läden NORDIC THUNDER und FIRESTARTER von ihren Betreibern aufgegeben. Der seit September 2004 bestehende Laden NORDIC THUNDER in Weißensee hatte wie der Pankower FIRESTARTER u.a. ein umfangreiches Angebot an Bekleidung für seine Kundschaft geführt. Dazu gehörten Produkte von rechten Marken wie THOR STEINAR und das Sortiment des Hamburger Neonazis LARS GEORGI. Am 21. Mai war im Rahmen der Kampagne »we will rock you« gegen Nazi-Läden in Berlin eine antifaschistische Demonstration mit etwa 700 Teilnehmern gegen den NORDIC THUNDER und den Laden HARAKIRI im Prenzlauer Berg durchgeführt worden. Weitere Informationen zur Kampagne unter www.we-will-rock-you.tk. ◀

BKA korrigiert Zahl der Todesopfer

Wiesbaden • Das Bundeskriminalamt (BKA) hat fünf weitere Todesopfer rechter Gewalt in seine Statistik übernommen und spricht jetzt von insgesamt 41 Toten seit der Wiedervereinigung 1990. Das meldete Ende September der Berliner Tagesspiegel. Das jüngste Verbrechen war der Mord an dem Punk Thomas Schulz im März diesen Jahres. Weiterhin werden in der BKA-Statistik nun auch die Morde an Marinus Schöberl (Potslow, Juli 2002) und an Dieter Manzke (Dahlewitz, August 2001) aufgeführt. Beide Taten fanden im Land Brandenburg statt. Aus dem Jahr 2000 wurden die Tötungsverbrechen an den ▶



Yesterday Men

Profil → Die GESELLSCHAFT FÜR DIE EINHEIT DEUTSCHLANDS E.V (GED)

Obdachlosen Eckhardt Rütz (Greifswald, November 2000) und Malte Lerch (Schleswig, September 2000) als rechtsextrem motivierte Taten gewertet.

Dennoch liegt das BKA mit seinen Zahlen weiterhin deutlich unter den Listen, die Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel veröffentlicht hatten. Die beiden Zeitungen kamen schon bis 2003 auf 99 Todesopfer. ◀

»Vor die Tür gesetzt«: Ausstellung über verfolgte Berliner Stadtverordnete

Berlin • Im Zusammenhang mit den Erinnerungs- und Gedenkveranstaltungen zum 60. Jahrestag des Kriegsendes 1945 haben der Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin gemeinsam den Verein Aktives Museum gebeten, eine Ausstellung über die Lebensgeschichten der zwischen 1933 und 1945 verfolgten und ermordeten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder zu erarbeiten.

Die Schau dokumentiert anhand von 32 ausgewählten Biografien mit persönlichen Zeugnissen, Bildern und Dokumenten die Lebenswege von Parlamentariern und Kommunalpolitikern, die aus ganz unterschiedlichen Gründen verfolgt wurden, ins Exil gingen oder Haft und Tod erleiden mussten. Sie zeigt exemplarisch auch, wie die parlamentarische Demokratie in Deutschland 1933 zerstört wurde. Die Ausstellung ist vom 30. September bis 30. November im Berliner Rathaus zu sehen. ◀

»Schulhof«-Aktion in heißer Phase

Bundesweit • Die NPD hat Anfang September die heiße Phase ihres Wahlkampfes mit einer erneuten »Schulhof«-Aktion eingeläutet. Bis zu 200.000 Exemplare einer kostenlosen Musik-CD sollten im Rahmen dessen an Jugendliche und junge Erwachsene verteilt werden. Medienwirksame Auftritte wurden vor allem aus den ostdeutschen Bundesländern und Berlin bekannt. An vielen Orten organisierten Initiativen, Parteien und Einzelpersonen Gegenaktivitäten. In Berlin kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen von NPD-Wahlkämpfern gegenüber einer engagierten Lehrerin. Die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule ▶

Die GED ist eine Organisation, die vor allem durch strikten Anti-Kommunismus vor dem Hintergrund christlicher Irrationalität, gepaart mit revisionistischen wie revanchistischen Positionen von sich Reden macht. Den Zenit ihrer Bedeutung hat sie deutlich überschritten. Interessant erscheint die honorige Gesellschaft, weil sie das ideologisch gleichgerichtete Handeln ihrer mit unterschiedlichen Professionen ausgestatteten Protagonisten zu bündeln sucht, um so als eine schlagkräftige Pressure-Group aufzutreten. Die Thematisierung der GED ist zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Gebäudes in dem sich das apabiz befindet: Hier hatte die GED für einige Jahre ihr Berliner Büro – in der Wohnung ihres damaligen Präsidenten GÜNTER OELTZE VON LOBENTHAL.

Gegründet wurde die GED im Jahr 1985, ihr Eintrag ins Berliner Vereinsregister erfolgte im April 1988. Der Sitz ist in Bonn, wo ihr heutiger Präsident GERD-HELMUT KOMOSSA, ehemals Chef des MILITÄRISCHEN ABSCHIRMDIENSTES (MAD), die Geschäftsstelle betreibt. Die Gründung der GED ist im Kontext der Enttäuschung über die im Sinne der Protagonisten zu mäßigen Umsetzung der von HELMUT KOHL zu Beginn der 1980er Jahre ausgerufenen »geistig-moralischen Wende« zu sehen. Erster Adressat ihrer Politik waren CDU und CSU, auf die Druck ausgeübt werden sollte, offensiver aufzutreten. Die GED zählt so zu einem der vielen, mehr oder weniger bedeutenden Think Tanks am rechten Rand der Unionsparteien.¹

Akteure der GED

Geprägt wurde die GED von Militärs, Politikern und Wissenschaftlern, die jeweils mit dem »Kommunismus« befasst waren. So war Präsident Komossa in NATO-Strukturen tätig; der Nürnberger Professor Ekkehard Wagner ist Protagonist wissenschaftlicher Ostforschung, die sich vornehmlich mit gesellschaftlichen Themen in den Staaten des Warschauer Paktes befasste, um darauf im eigenen Militärbündnis reagieren zu können;² Helmut Bärwald fungierte als letzter Leiter des 1971 aufgelösten Berliner »Ostbüros« der SPD.³ Mit der sog. Wiedervereinigung gewann die GED in den neuen Bundesländern weitere Mitglieder mit ähnlichem beruflichen Hintergrund. Zu diesen zählt auch der ehemalige REPUBLIKANER WOLFGANG SCHWARZ, der heute für das NATIONALE BÜNDNIS DRESDEN im Stadtrat sitzt.⁴

Zentrale Aktivitäten der GED sind die regelmäßig durchgeführten »Deutschland- und Sicherheitspolitischen Tagungen«. Hier sind als Referenten u. a. GÜNTER ROHRMOSER und OTTO VON HABSBURG aufgetreten. Als Zeitschrift gibt die GED das FORUM DEUTSCHE EINHEIT heraus, das über den in Lauf bei Nürnberg ansässigen und von EKKEHARD WAGNER betriebenen EUROPAFORUM-VERLAG erscheint.

Themen

Die Agitation der GED gegen die Sowjetunion bzw. die Warschauer-Pakt-Staaten hatte neben dem Anti-Kommunismus das Bestreben, eine Einheit Deutschlands zu erreichen, wobei die Oder-Neiße-

Grenze von der GED nach wie vor zur Disposition gestellt wird. So bezeichnet KOMOSSA es als zentrale Motivation für den Dienst als Soldat, die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 zu erlangen, wie es in Dokumenten der NATO als deren politisches Ziel wiederholt worden sei. Verständnislos zeigt er sich darüber, dass die Bundesregierung 1990 und in den Folgejahren geschwiegen und die Grenzen von 1945 akzeptierte habe.

Ausgehend von der Verneinung der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg – so würden heute die militärischen Anstrengungen der damaligen Gegner und auch die Ausschreitungen gegen Deutsche in Polen ignoriert⁵ – feilt die GED an einer »ehrlichen Darstellung und Bewertung zeitgeschichtlicher Ereignisse«, um eine »natürliche nationale Identität« zu erlangen. Laut Komossa hätte es ohne den Vertrag von Versailles »keinen NS-Staat« gegeben.⁶ Gleichzeitig soll das Bild des »deutschen Soldaten« aufpoliert werden: Die Wehrmacht habe dem Treiben Hitlers machtlos gegenübergestanden und nur ihre Pflicht erfüllt.

Fazit

Auch wenn die Palette der GED relevante Themen des rechten Spektrums abdeckt, sollte dies nicht darüber hinweg täuschen, dass sie mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ihre Agitationsflächen und ihre partielle Relevanz verloren hat. Im Kontrast zum rot-grünen Nationalisierungsdiskurs, der stets betont, Lehren aus der Vergangenheit gezogen zu haben und sich als »Friedensmacht« geriert, um so positive Identifikationsfläche zu bieten, wirkt die GED altbacken. Marco Kuhn

- 1) Organisatorische Nähe besteht u. a. zur STIMME DER MEHRHEIT.
- 2) Vgl. Wagner, Ekkehard: Ideologie und Militärdoktrin in der Sowjetunion, München 1974.
- 3) Die klandestinen Strukturen des Ostbüros sollten ursprünglich Häftlinge betreuen. Zuletzt dienten sie mehrheitlich der »Contra-Propaganda« und Beschaffung von Informationen. S. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros der SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.
- 4) Vgl. <http://barrierefrei.dresden.de/?node=23903>, gesp. am 28.08.2005.
- 5) Komossa, Gerd-Helmut: Ist der Krieg wieder Mittel der Politik, in: Forum Deutsche Einheit, Nr. 2/2003, S. 5 f.
- 6) Komossa, Gerd-Helmut: Aus Liebe zum Land – Nachdenken über Ostpreußen. Vortrag im Juli 2004 vor der Landsmannschaft Ostpreußen. Veröffentlicht bei SWG-Hamburg.

Juristische Ahndung von NS-Unrecht als Vergangenheitspolitik

Rezension ➔ Miquel, Marc von: »Ahnden oder Amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren«. Wallstein Verlag, Göttingen 2004. 446 S., 44 Euro.

Ob und in welchem Maße die Bundesrepublik die NS-Verbrechen juristisch aufgearbeitet hat, war Jahrzehnte lang Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Marc von Miquels Studie untersucht die Interdependenz von juristischer Ahndung von NS-Verbrechen und öffentlicher Debatte.

Ausgangspunkt: Personelle Kontinuitäten

In der Einleitung seiner Dissertation skizziert Miquel den Grundkonflikt, der sich beim Aufbau von souveränen Verwaltungsstrukturen in der Bundesrepublik ergab: Hatten die Amerikaner und Briten noch auf eine nachhaltige Entnazifizierung des Beamtentums gesetzt, und eine Vielzahl von nationalsozialistisch belasteten Beamten entlassen, sorgte die Novelle von Artikel 131 GG aus dem Jahr 1950 für deren massenhafte Wiedereinstellung. Danach hatten Beamte des Deutschen Reiches das Recht auf Wiedereinstellung in den öffentlichen Dienst, sofern sie nicht als Kriegsverbrecher verurteilt waren. So setzte sich das Beharrungsvermögen der Richter, Staatsanwälte, Professoren und Polizisten und der Pragmatismus der Planungsstäbe für den Aufbau der Verwaltung durch.

Die personellen Kontinuitäten des NS-Regimes in der frühen Bundesrepublik bildeten in der propagandistischen Auseinandersetzung des kalten Krieges für die DDR eine Steilvorlage. Seit Mitte der 1950er Jahre initiierte die DDR Kampagnen, die auf die NS-Vergangenheit führender Repräsentanten der bundesdeutschen Justiz hinwiesen. Bei den massenhaft auch im westeuropäischen Ausland verteilten Broschüren des kampagnenführenden »Ausschuss Deutsche Einheit« (ADE) handelte es sich nicht nur um Propaganda. Vielmehr belegten die Dokumentationen aus Ostberlin die Verstrickung zahlreicher Richter und Staatsanwälte in das NS-Justizsystem und dessen mörderische Praxis.

Ausführlich zeigt der Autor auf, dass diese Praxis der Veröffentlichung von Gerichtsakten aus der NS-Zeit im Bonner Bundesjustizministerium nicht ignoriert werden konnte. Einerseits wollten sich bundesdeutsche Behörden nicht von der Propaganda »aus der Ostzone« unter Druck setzen lassen. Faktisch war man jedoch in krassen Fällen zum Handeln gezwungen. So ergriffen die Landesjustizminister die Initiative für die Formulierung des Paragraphen 116 Richtergesetz, der es ermöglichen sollte, schwer belastete Richter und Staatsanwälte

in Pension zu schicken. Doch obwohl im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens niemals von einer strafrechtlichen Verfolgung der Handlungen ehemaliger Richter der NS-Justiz die Rede, regte sich in der Richterschaft erheblicher Widerstand gegen die Zwangspensionierungen. Das Vorhaben scheiterte. Übrig blieb eine Kann-Bestimmung.

Neuorientierung unter Vorbehalt

Noch einmal lässt Miquel die Amnestie-Debatten des Bundestages Revue passieren. Dabei wird deutlich, in welchem starkem Maße die Argumentation viele Politiker darauf zielte, eine eingrenzbar Personengruppe für NS-Verbrechen haftbar zu machen, um die Mehrheit der NS-Täter zu entlasten. Dies schlägt sich nieder in der »kalte Verjährung« genannten Regelung aus dem Jahr 1968, der zufolge Beihilfe zu NS-Massenmorden nicht mehr belangt wurden. Demnach war es bspw. unmöglich, die für die Planung des Holocaust verantwortlichen Funktionäre des RSHA vor Gericht zu stellen. Skeptisch bleibt Miquel gegenüber der vielfach geäußerten Vermutung, dies sei auf die erfolgreiche direkte Intervention ehemaliger RSHA-Funktionsträger, wie WERNER BEST, zurückzuführen.

Dann hatten äußere Faktoren, wie der EICHMANN-Prozess in Jerusalem und der fast zeitgleich stattfindende Frankfurter Auschwitz-Prozess, erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung bezüglich der Verfolgung von NS-Verbrechen. Die Gründung der »Zentralen Stelle« für die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg nennt der Autor eine Neuorientierung der Verfolgungspraxis unter Vorbehalt.

Fazit

Der Autor zieht eine gemischte Bilanz der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Einerseits taten sich Justiz und Verwaltung aufgrund personeller Kontinuitäten schwer mit der Auseinandersetzung, andererseits erzwang die immer wieder aufflammende öffentliche Debatte eine kritische Reflektion des Umgangs mit der NS-Vergangenheit. Der 2004 erschienene Band ist Ausdruck des erneuten Epochenumbuchs in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, in dem nun die Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik selbst zum Gegenstand wissenschaftlicher Forschung geworden ist.

Christian Grünert



Düsseldorf und *Argumente & Kultur gegen Rechts* e.V. haben für alle Aktiven auf 37 Seiten erschöpfende Informationen über die CD und die darauf enthaltenen Interpreten zusammengestellt. Ihr findet das Dokument im pdf-Format auf unserer Seite www.turnitdown.de. ◀

Umgang mit extrem rechten BesucherInnen bei Veranstaltungen

Bundesweit • Rechtsextreme greifen gerne auf die »Wortergreifungsstrategie« zurück und sind allzu oft unwillkommene Gäste auf Veranstaltungen. Wie damit umgegangen werden kann, welche rechtlichen Rahmenbedingungen und Grenzen es gibt, zeigt eine aktuelle Handreichung der *Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)* aus Berlin.

Sie ist zur allgemeinen Verteilung an demokratische Akteur/-innen und Parteien bestimmt und kann bei der *MBR* abgefragt werden (info@mbr-berlin.de). Die *MBR* bietet im Rahmen ihrer Kapazitäten Berliner Akteur/-innen Beratung zu weitergehenden Fragen und Problemen bei der praktischen Umsetzung an. Ganz besonders sind sie darin auch auf einen Rücklauf an Erfahrungen angewiesen. Feedback kann an die im Papier angegebene Adresse gesandt werden. ◀





Abonnieren...

...kann man den **monitor** nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

ffügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Staud, Toralf: »Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD«. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005.*

Staud setzt sich anhand von Reportagen, die er als Journalist geschrieben hat, mit der NPD auseinander. Er untersucht detailliert Finanzquellen, Programm, Personal und die Reaktionen der anderen Parteien auf sie und kommt zu dem Schluss: Die NPD ist die modernste extrem rechte Partei in Deutschland, die eine Bedrohung für die Demokratie ist, weil sie nicht ernst genug genommen wird, obwohl sie in vielen ländlichen Regionen in Ostdeutschland inzwischen fest verankert ist.

• *Bremer Tageszeitungen: »Sie marschieren wieder...«. Bremer Tageszeitungen AG, Bremen 2005.*

Eine Initiative der Bremer Tageszeitung »Weser-Kurier«, die die Artikel der vergangenen Monate über die rechte Szene in Bremen und Umgebung zu einem Reader zusammengefasst hat, der an Bremer Schulen verteilt wurde.

• *BBC-Dokumentation: »Auschwitz« (DVD). Polyband Medien GmbH, München 2005.*

Die von Laurence Rees und Sir Ian Kershaw produzierte sechsteilige BBC-Dokumentation geht der Frage nach, warum gerade in Auschwitz eines der zentralen Vernichtungslager entstand.

• *Schelvis, Jules: »Eine Reise durch die Finsternis. Ein Bericht über zwei Jahre in deutschen Vernichtungs- und Konzentrationslagern«. reihe antifaschistischer texte, Hamburg 2005.*

Jules Schelvis wurde 1943 aus den Niederlanden verschleppt. Er überlebte als einziger von 3000 die Odyssee durch verschiedene Arbeits- und Konzentrationslager. Nach seiner Pensionierung beschäftigte er sich intensiv mit der Vernichtung der niederländischen Juden.

• *Rogasky, Barbara: »Der Holocaust. Ein Buch für junge Leser«. Rowohlt Taschenbuch, Reinbek 2002.*

Die Reihe will junge LeserInnen an komplizierte Themen heranführen. Entsprechend beleuchtet das Buch den Holocaust aus unterschiedlichen Perspektiven, wobei eine besondere Aufmerksamkeit auf dem jüdischen Widerstand liegt. Das Nachwort skizziert den Umgang mit der Schuld in beiden deutschen Staaten nach 1945.

• *Benz, Ute; Benz, Wolfgang: »Stolz deutsch zu sein? Aggressiver Anspruch und selbstverständlicher Patriotismus«. Metropol Verlag, Berlin 2005.*

Der Sammelband geht der Frage und Rolle des Patriotismus in Deutschland nach, basierend auf der Debatte aus dem Frühjahr 2001 und aus historischer, sozialwissenschaftlicher und psychoanalytischer Perspektive.

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort ver-

• *Haunss, Sebastian: »Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung«. Verlag für Sozialwissenschaften, Berlin 2004.*

Bewegungsengagement ist nicht nur eine Frage politischer Überzeugung. Wenn es dauerhaft sein soll, verbinden die AktivistInnen oft Alltag und Politik zu einem untrennbaren Ganzen. An den beiden Beispielen untersucht der Autor anhand einer Mikro-Diskursanalyse der jeweiligen Bewegungszeitschriften wie diese Verbindung sich in Prozessen kollektiver Identität niederschlägt.

• *Antifa Hohenschönhausen: »Motiv Rechts 2. Eine Dokumentation der Rechtsextremen in Lichtenberg« (Broschüre). Selbstverlag, Berlin 2005.*

• *ASTA der Uni Hamburg (Hg.) »Falsch verbunden. Reader zum Verbindungs(un)wesen« (Broschüre). Selbstverlag, Hamburg 2005.*

Wieder gelesen

An dieser Stelle be-

sprechen wir Werke, die bereits länger auf dem Markt sind und als »Klassiker« gelten.

• *Junge, Harald; Spoo, Eckart (Hg.): »Das Rechtskartell. Reaktion in der Bundesrepublik«. Hanser, München 1971.*

Das in der renommierten gelben Reihe erschienene Buch bringt den LeserInnen die politischen Auseinandersetzungen der frühen 70er Jahre in der Bundesrepublik in Erinnerung, die erstmals durch eine sozialliberale Koalition regiert wurde. Vor allem gegen die Ostpolitik der Regierung entfaltete ein Kartell von den Unionsparteien über revanchistische Vertriebenenorganisationen und Antikommunisten bis hin zu neofaschistischen Gruppen eine ungeheure Kampagne: »Gelingt es der ‚Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes‘ unter Führung von Franz Josef Strauß, unterstützt durch eine mächtige rechte Publizistik, alle Macht im Staat zu übernehmen?«, fragten die Autoren. In neun Beiträgen werden die Traditionslinien antidemokratischer Reaktion seit Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben, die Restauration unter Adenauer und die Aufstellung der damaligen »Widerstandsbewegung«; Organisationen wie der WITIKOBUND und die AKTION WIDERSTAND werden genauer beleuchtet. Heute ist das Werk ein spannendes Lesebuch. Ein damals noch junger Journalist schrieb hier über den Witikobund. Wie lautet sein Name: Klaus Bednarz, Ulrich Wickert oder Stefan Aust? Wissende können ein Exemplar gewinnen.